Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang

Freitag, 30. September 1921

Nummer 458 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 35 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8a.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6,— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Wiesbadener Abkommen

Opposition in England

EE. Paris, 30. September.

Das „Journal" veröffentlicht heute einen Artikel, der sich mit den von England gegen die Wiesbadener Abmachungen erhobenen Einwänden beschäftigt. Es werde zwar über die Erörterungen, die in dieser Angelegenheit in der Reparationskommission gepflogen werden, strengstes Stillschweigen bewahrt, doch erklärt man, daß **der Ton, in dem diese Debatten stattfanden, außerordentlich erregt war.** Das Blatt fragt sich, ob es überhaupt notwendig war, die Wiesbadener Abmachungen der Reparationskommission vorzulegen. Wenn Frankreich dies tat, so wollte es damit nur seine Loyalität beweisen und dartun, daß es nichts unternehme, ohne sich im Einvernehmen mit seinen Alliierten zu befinden. Aus zwei Gründen sehe sich **Frankreich jedoch in einer unangenehmen Lage:** Einmal, weil Rathenau in der Lage war, im Namen der deutschen Regierung die Wiesbadener Abmachungen als bindend anzuerkennen, während Frankreich verpflichtet ist, diese der Reparationskommission vorzulegen, wie dies im ersten Satz des Wiesbadener Abkommens ausdrücklich hervorgehoben wird, und zweitens kam Frankreich dadurch in eine ungünstige Lage, weil es in der Reparationskommission nur über eine von fünf Stimmen verfügt. Dem „Journal" zufolge wurden der Reparationskommission vorgelegt:

Das Projekt eines Abkommens über die **Naturalleistungen;**

das Projekt eines Abkommens über die über Rotterdam und Antwerpen gehenden **deutschen Kohlenlieferungen;**

das Projekt eines Abkommens wegen eines **Ersatzes der französischen Luftfahrzeuge;**

das Projekt eines **Abkommens über die Tierlieferungen;**

das Projekt eines Abkommens über die **Einfuhr verschiedener französischer Produkte;**

drei Projekte von Abkommen, durch die Deutschland verpflichtet ist, **Industrie- und Eisenbahnmaterial sowie Vieh** nach Pauschalsätzen an Frankreich abzuliefern gemäß dessen Ansprüchen.

Von allen diesen Abmachungen werden nur die über die Naturallieferungen getroffenen vor der Reparationskommission erörtert werden. Danach liefert Deutschland vom 1. Oktober 1921 bis zum 1. Oktober 1925 Waren für die zerstörten Gebiete **im Betrage von 7 Milliarden Goldmark;** werden die Lieferungen, die gemäß Anhang 5 und 6 des Friedensvertrages zu vollziehen sind, nämlich Kohlen, Benzin, Farbstoff, Chemikalien, hinzugezogen, so wird sich **der Wert der Gesamtlieferungen Deutschlands auf neun Milliarden Goldmark** belaufen. Gegen diese Abmachungen wendet sich nun England, indem es behauptet, **daß dadurch den englischen Kaufleuten die Möglichkeit genommen würde, für die zerstörten Gebiete zu liefern.** Außerdem habe sich Frankreich eine Priorität gesichert, denn es würde in den vorgesehenen vier Jahren mehr erhalten, als ihm die in den Londoner Abmachungen festgesetzten Bedingungen zugestehen. Sollte aber Deutschland nach vier Jahren zahlungsunfähig werden, so müßte Frankreich das, was es durch die Wiesbadener Abmachungen mehr erhielt, unter die anderen Alliierten, die weniger erhielten, aufteilen.

Diesen englischen Einwänden gegenüber erklärt das „Journal", daß die englischen Fabrikanten unmöglich behaupten könnten, daß ihre Unternehmen sich allein auf dem Absatz für die zerstörten Gebiete aufbauten. **Sollte Deutschland wirklich zahlungsunfähig werden, würde sich Frankreich an Englands Seite stellen, um gegen Deutschland die notwendigen Zwangsmaßnahmen durchzusetzen.** Außerdem würden die Lieferungen, die Deutschland auf vier Jahre mache, den besten Beweis liefern, daß es zahlen könne. Hätte Frankreich übrigens nicht gelegentlich den Eindruck gehabt, von seinen Alliierten verlassen zu sein, so hätte es diese Sonderabmachungen von Wiesbaden nicht getroffen, **durch die es auch beweise, daß es Deutschland Vertrauen entgegenbringe.** Wer aus kleinlichen persönlichen Interessen dieses Friedenswerk zerstören wolle, würde von allen schwer verurteilt werden. Uebrigens habe Frankreich im Kriege mehr geleistet als die anderen Alliierten, ohne daß dagegen protestiert wurde. Infolgedessen müsse man jetzt erklären, daß Frankreich einen größeren Anspruch auf Reparationsleistungen habe.

England und der Sturz der Mark

Eine dringende Frage

London, 29. September.

Die Ausführungen über die Wirtschaftslage im In- und Auslande und über die Mittel zur Hebung des Handels und zur Stabilisierung der Währungen nehmen in der Presse weiterhin einen großen Raum ein. Wie gemeldet wird, widmet Lloyd George den Rest seiner Ferien der Beschleunigung der Maßnahmen gegen den Niedergang des Handels und gegen die Arbeitslosigkeit. Eine Gruppe von Sachverständigen der Finanz, des Handels und der Industrie wird das Wochenende gemeinsam mit Lloyd George in Gairloch verbringen, und man hofft, daß diese Beratungen das Zustandekommen eines praktischen und wirksamen Planes fördern werden.

In einem „Eine dringende Frage" überschriebenen Leitartikel schreibt die „Westminster Gazette", die Erfahrungen lehrten die alliierten Regierungen, daß die Mittel, die sie ergriffen haben, **um die deutschen Reparationszahlungen zu erzwingen,** es äußerst unsicher erscheinen ließen, ob **Deutschland überhaupt in der Lage sein werde, zu zahlen.** Innerhalb sehr kurzer Zeit müßten sich die Alliierten endgültig entscheiden. **Man könne Deutschland nicht auseinanderreißen oder wirtschaftlich zerstören und zugleich Ungeheures von ihm fordern.** Bisher begnügten sich die Alliierten damit, die Lage für einige Wochen auszuflicken und die Zukunft dem Schicksal zu überlassen. Sie müßten jedoch einsehen, daß das Leben von der Hand in den Mund und die dauernde Ungewißheit, die es in der ganzen Welt geschaffen habe, die Hauptursache ihrer eigenen Schwierigkeiten sind. Die Lösung des Reparationsproblems sei bisher derartig gewesen, daß es ebenso verhängnisvoll sei, ob sie Erfolg habe oder fehlschlage. Wenn sie fehlschlage, seien politische Schwierigkeiten die Folge. Gelinge sie, so bedeute dies einen Schlag für die Industrie der Alliierten. Die „Westminster Gazette" fordert, daß eine Konferenz zur Erwägung des Währungsproblems sofort einberufen werde.

Der westungarische Konflikt

Ein Ultimatum der Entente

London, 29. September.

Reuter erfährt, daß die Botschafterkonferenz gestern beschlossen hat, Ungarn zu benachrichtigen, daß die Freigabe des Burgenlandes bis zum 4. Oktober bedingungslos zu erfolgen hat. Auf die Nachricht, daß die ungarische Regierung beabsichtige, eine neue Klasse von 20 000 Mann zu mobilisieren, **hat die Konferenz Ungarn verständigt, daß dies in keinem Fall gestattet werden würde.**

Ausrufung des westungarischen Staates

Wien, 30. September

Die Blätter melden aus Budapest: Am Mittwoch wurde die Ausrufung des selbständigen westungarischen Staates vollzogen. Der unter Führung Stefan Friedrichs stehende Landesverteidigungsrat hat eine Proklamation erlassen, in der es heißt: Infolge des uns von der Entente aufgezwungenen Friedens war die ungarische Regierung genötigt, auf die Ausübung der Hoheitsrechte über Westungarn zu verzichten. Nun hat der Landesverteidigungsrat das Imperium über Westungarn übernommen und wird das Land bei selbständiger Regierung verwalten. Die alten Beamten bleiben auf ihren Posten und werden ihre Arbeit fortsetzen. Für Gott, König und Vaterland! Tue jeder seine Pflicht!

Wie die „Neue Freie Presse" meldet, hielt gestern abend Stefan Friedrich in der Liga christlicher Frauen in Budapest eine Rede, in der er sagte: Der Landesverteidigungsausschuß hat in Westungarn das Imperium übernommen und damit den weiteren Verhandlungen ein Ende bereitet. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß jedermann, der von nun an seinen Fuß nach Westungarn hineinsetzt, niedergeschossen werden wird. Ueber die westungarische Bevölkerung kann von nun an nicht mehr verhandelt werden. Die Entente ist kein solches Schreckgespenst, vor der man gleich erschrecken müßte.

•

Die Ausrufung des westungarischen Staates ist, wie jedem ersichtlich sein muß, ein grobes Betrugsmanöver der Horthy-Regierung, die sich auf diese Weise den Verpflichtungen des Friedensvertrages entziehen will. Schon aus den Informationen, die die Budapester Regierung in die ausländische Presse — auch in das „Berliner Tageblatt" — lanzierte, war zu ersehen, daß die Idee der „Autonomie" Westungarns dazu herhalten sollte, unter einer neuen Verkleidung das Horthyregiment in dem abzutretenden Gebiet aufrechtzuerhalten und Oesterreich um das ihm zugesprochene rein deutsche Gebiet zu prellen. Wie diese „Autonomie" geartet sein wird, geht aus der Proklamation und der Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich hervor, der gar kein Hehl daraus macht, daß es sich bei der Ausrufung des „unabhängigen" Westungarns um die Aufrechterhaltung des jetzigen Regimes handelt. Bezeichnend ist der unverschämte Ton, den Stefan Friedrich gegenüber der Entente anschlägt. Wenn diese sich das rechtswidrige Vorgehen der Horthy-Regierung gefallen läßt, so wird sie sich nicht wundern dürfen, daß sie von den Revanchepolitikern in Mittel- und Südosteuropa als ein ohnmächtiger Popanz betrachtet wird.

Joffe ermordet?

London, 30. September.

Die „Morning Post" meldet aus Helsingfors, daß die Ermordung Joffes in dortigen russischen Kreisen bestätigt werde. Der Mörder, namens Ewdokimow, sei Mitglied des Petersburger Vollzugsausschusses und des revolutionären Tribunals der 7. Armee.

Eine ähnliche Meldung ist schon vor einigen Tagen verbreitet worden. Eine Bestätigung muß abgewartet werden.

Der Wille der Arbeiter

Sieg der Opposition in der Berliner S. P. D.

Es soll der Führung der rechtssozialistischen Partei doch nicht so leicht werden, die Verbindung mit der Stinnes-Partei herzustellen. Wir haben in den letzten Tagen eine Reihe von Stimmen der rechtssozialistischen Provinzpresse wiedergegeben, die gegen die Görlitzer Beschlüsse heftig opponierten. Im „Vorwärts", der als Zentralorgan die Pflicht hätte, seine Leser über die Meinung der Parteigenossen im Lande objektiv zu unterrichten, wurde darüber nichts mitgeteilt. Die Redaktion ließ nicht nur keine gegenteilige Meinung als die der Parteiinstanzen zu Worte kommen, sie unterdrückte auch jede Mitteilung darüber, welch einen Sturm der Entrüstung der Görlitzer Beschluß bei der Mitgliedschaft in vielen Teilen des Reiches heraufbeschworen hat. Um so bemerkenswerter ist die Stellungnahme der Berliner Funktionäre der S. P. D. Sie waren gestern abend zu einer Versammlung zusammenberufen worden, in der Franz Krüger und Heinrich Ströbel als Referenten über den Görlitzer Parteitag auftraten.

Krüger wiederholte im allgemeinen das, was er schon in Görlitz ausgeführt und was man nachher im „Vorwärts" nachlesen konnte. Er meinte, daß in der S. P. D. niemand sei, der die Einigung mit den Unabhängigen nicht wünschte. Nur an ihnen liege es, die Einigung herbeizuführen. Bei der Frage der Regierungsbildung versuchte es Krüger mit dem wohlbekannten Trick, daß die bösen Unabhängigen es seien, die durch ihre Weigerung des Eintritts in die Regierungskoalition die armen Rechtssozialisten dazu gezwungen hätten, die Frage der Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung aufzuwerfen. Wir haben die Fadenscheinigkeit dieser Argumente noch gestern enthüllt und den ganzen Versuch der Abwälzung der Verantwortung auf unsere Partei als ein taktisches Manöver gekennzeichnet, durch das sich die rechtssozialistische Partei vor der Arbeiterschaft reinzuwaschen hofft. Daß Herr Krüger keine anderen Argumente vorzubringen hatte, zeigt nur die Schwäche seiner Position. Im übrigen meinte er in bezug auf die Deutsche Volkspartei, daß, solange diese Partei monarchistische Propaganda treibe, die Verwaltung sabotiere und keine ehrliche republikanische Politik führe, die rechtssozialistische Partei nicht daran denke, mit ihr zusammen zu arbeiten. Die Deutsche Volkspartei könne ihr dann gestohlen bleiben.

Wir müssen gestehen, daß wir kein großes Zutrauen zu diesen Kraftworten des Vertreters des Parteivorstandes haben. Brachte es doch derselbe Franz Krüger noch gestern fertig, zu erklären, daß der Görlitzer Beschluß durchaus dem Beschluß des Berliner Bezirkstages entspreche. Was aber hat derselbe Franz Krüger auf dem Berliner Bezirkstag der S. P. D. am 11. September zu der Frage der Regierungskoalition gesagt? Er führte unter dem Beifall der Versammlung aus:

„Stegerwald hat von einer Koalition gesprochen, die von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie reichen soll. Mit einer Partei, die zwar erklärt, auf dem Boden der Republik zu stehen, aber gleichzeitig weiter für die Monarchie kämpfen will, wollen wir nicht in einer Regierung sitzen. **Wenn man uns immer wieder die Koalition mit der Deutschen Volkspartei empfiehlt, so soll diese sich erst als für demokratische und republikanische Parteien ehrlich bündnisfähig erweisen.**" („Vorwärts", Nr. 430.)

So sprach der Berliner Parteivorsitzende Franz Krüger, wie gesagt, am 11. September. Eine Woche später jedoch stand er in Görlitz mit an der Spitze derjenigen, die sich inbrünstig für eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei einsetzten, die gar nicht so schlecht sei, wie man sie gewöhnlich darstelle. Dieselben Leute, die noch vor kurzem die preußische Landtagsfraktion auf das eindringlichste ermahnt hatten, gegen Stegerwald festzubleiben, waren jetzt selbst plötzlich zur Politik Stegerwalds umgeschwenkt. Und die Bedingungen, die man auf dem letzten Berliner Bezirkstag der S. P. D. formuliert hatte, um die Idee einer Koalition mit den Stresemännern totzuschlagen, wurden jetzt von den Parteiinstanzen listig dazu benutzt, um die Koalition von Stresemann bis Severing zustande zu bringen und die große Mehrheit der Parteigenossen vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Es war unter diesen Umständen begreiflich, daß die Ausführungen des Vertreters des Parteivorstandes nur bei einem Teil der Versammlung Beifall fanden und daß der Vertreter der Opposition, Heinrich Ströbel, sich zum ersten Male in der Berliner Funktionärkonferenz durchzusetzen vermochte und die Mehrheit der Versammlung für seinen Standpunkt gewann. Er übte in seiner Rede wirkungsvolle Kritik an dem in Görlitz neugeschaffenen Programm, das die Idee der Sozialisierung vollkommen unter den Tisch fallen ließ, und behandelte dann eingehend das Koalitionsproblem, das durch den Görlitzer Beschluß auf eine völlig neue, für die Arbeiterbewegung verhängnisvolle Grundlage gestellt worden ist.

„Wir müssen — führte er aus — **den Massenwillen mobilisieren...** Man hätte den bürgerlichen Parteien nicht zu erkennen geben dürfen, daß man zum Entgegenkommen bereit wäre. Glaubt jemand, daß eine Regierung, an der die Deutsche Volkspartei be-

teiligt ist, zur Erfassung der Goldwerte greifen würde? (Lebhafte Rufe: Nie! Nein! Nein!) Alle weitgehenden Forderungen auf steuerlichem Gebiete würden verschwinden. (Sehr richtig!) Das wären die Bedingungen der Volkspartei, und ich fürchte, daß die Partei noch einmal durch das kandinische Joch gehen wird."

Ströbel betonte zum Schluß, daß der Deutschen Volkspartei gegenüber Mißtrauen die demokratischste Tugend sei. „Wir haben Mißtrauen gegen diese Partei, auch wenn sie die Bedingungen unterschreibt. Wir müssen auch einmal den Mut haben, zu erklären: bis hierher und nicht weiter!"

Lebhafter, sich wiederholender Beifall folgte der Rede Ströbels, worauf eine größere Anzahl Resolutionen bekanntgegeben wurden, die gegen die Verbindung mit der Deutschen Volkspartei Stellung nahmen und zum Teil forderten, daß mit der U. S. P. D. in Verhandlungen getreten werde, um zu einem gemeinsamen Vorgehen zu gelangen. Nach einer ausgedehnten Diskussion, über die der „Vorwärts" noch nichts berichtet, gelangte mit Zweidrittelmehrheit eine Resolution der Steglitzer Mitgliedschaft zur Annahme, die eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei scharf ablehnt. Eine Resolution Stampfer-Heinig, die den Görlitzer Beschluß grundsätzlich anerkennt und im übrigen dem Parteivorstand freie Hand geben will, wurde mit Dreifünftelmehrheit abgelehnt.

Dieser Beschluß der Berliner Funktionärkonferenz muß als ein bedeutungsvolles Ereignis in der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung gewertet werden. Zum erstenmal hat sich die Mehrheit der sozialdemokratischen Funktionäre dazu aufgerafft, den bisher allmächtigen Parteiinstanzen ihren eigenen Willen entgegenzusetzen. Die Verschleierungs- und Totschweigetaktik des „Vorwärts" hat nichts genutzt. Trotz der vollkommen ungenügenden und einseitigen Information hat die Mehrheit der Berliner Parteimitgliedschaft aus gesundem proletarischen Instinkt heraus die katastrophalen Folgen des Görlitzer Beschlusses erkannt und sich von den Verwandlungskünstlern im Parteivorstand abgewendet. Das Votum der Berliner Funktionärkonferenz bedeutet ein scharfes Mißtrauensvotum gegen den Parteivorstand und den „Vorwärts", bedeutet eine Absage an den Görlitzer Beschluß, der die Situation der gesamten Arbeiterklasse gegenüber der Reaktion außerordentlich verschlechtert hat.

Wir zweifeln nicht, daß das Berliner Mißtrauensvotum überall im Reiche kräftigen Widerhall finden wird. An vielen Stellen des Reiches, insbesondere in Sachsen, Thüringen, Rheinland, ist schon jetzt eine scharfe oppositionelle Bewegung gegen Görlitz im Gange. Diese Bewegung wird nicht sobald zum Stillstand kommen, denn sie ergibt sich nicht nur aus dem richtigen Klasseninstinkt der Masse, die ein Zusammengehen mit der Stinnes-Partei ablehnen, sie schöpft ihre Kraft vor allen Dingen aus dem spontanen Drang der gesamten Arbeiterschaft zur Herstellung einer proletarischen Einheitsfront, die durch den Görlitzer Beschluß wiederum in weite Ferne gerückt worden ist. Was von unseren Genossen getan werden kann, um diesen erfreulichen Klärungsprozeß in der rechtssozialistischen Partei zu fördern, muß getan werden. Denn es geht hier nicht um das enge Interesse einer Partei, sondern um die großen dauernden Interessen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung.

Ein Bürgerblock in Lübeck

Zu den im November stattfindenden Bürgerschaftswahlen in Lübeck ist ein Wahlbündnis zwischen Deutschnationalen, Volksparteilern, Zentrum und Demokraten abgeschlossen worden. Dieser Bürgerblock kämpft gegen die Sozialdemokratie, die in der Bürgerschaft eine kleine Mehrheit hat. Wie der Abschluß dieses Bündnisses möglich war und wie die Demokraten aussehen, die sich in Lübeck so bezeichnen, das geht aus einer Meldung des B. T. hervor. In ihr wird darauf verwiesen, daß die Demokraten bei den Wahlen nach der Revolution verhältnismäßig stark wurden, weil

„die Demokratische Partei das große Sammelbecken des Bürgertums war und besonders auch viele Persönlichkeiten, die bis dahin eine Rolle im öffentlichen Leben gespielt hatten, plötzlich ihr demokratisches Herz entdeckten, nachdem sie kurz vorher noch auf die Vaterlandspartei geschworen hatten.

Inzwischen ist hier Demokratie wieder etwas unmodern geworden, und die Deutsche Volkspartei hat bei den Reichstagswahlen großen Zulauf gehabt. Allerdings sind die in die Bürgerschaft gewählten Novemberdemokraten nicht aus der Partei ausgetreten, ja sie haben sogar wieder kandidiert, aber nur unter der Bedingung, daß mit den übrigen bürgerlichen Parteien eine gemeinsame Liste aufgestellt würde. Diese Persönlichkeiten gehören zu den kapitalkräftigsten, und ohne ihre Mithilfe wäre die Wahl schwer zu finanzieren gewesen."

Diese Schilderung trifft aber nicht nur auf die „Demokraten" in Lübeck zu. Die Demokratische Partei ist überall die Partei des Kapitals. Wenn ihr auch einige Arbeiter, Angestellte und Beamte angehören, so zeigen doch die Vorgänge in Lübeck, wie einflußlos sie in dieser Partei sind. Beherrscht wird die Partei von jenen Leuten, die die Geldmittel für sie liefern, die anderen sind nur brauchbar als Wähler und als Mittel, um den politischen Einfluß des Kapitals zu stärken.

Die Geheimnisse der Schloßkaserne

Das gefürchtete Tagebuch

Die „Rote Fahne" hat vor einiger Zeit Auszüge aus dem Tagebuch des ermordeten Oberwachtmeisters Buchholz veröffentlicht, die die Hundertschaft Z. B. V. und ihren Führer, Hauptmann Stennes, auf das schwerste belasteten. Am Mittwoch hat nun in der „Roten Fahne" eine Haussuchung nach dem Tagebuch stattgefunden. Die Durchsuchung war erfolglos. Wir können es der „Roten Fahne" nicht verargen, wenn sie der Untersuchungsbehörde das Original des Tagebuches nicht ausliefert. Denn die Hundertschaft Z. B. V. hat es bisher dank ihrer glänzenden Beziehungen immer wieder verstanden, die Untersuchung zu verschleppen und zu verdunkeln. Das Tagebuch des ermordeten Oberwachtmeisters enthält noch einige wertvolle Aufzeichnungen über die Geheimnisse der Schloßkaserne, die der Oeffentlichkeit sicher entgehen würden, wenn das Tagebuch in den Besitz einer Behörde käme, über deren Zuverlässigkeit niemand sicher ist.

Wie steht es aber nun eigentlich mit der Untersuchung gegen die Mörder des Oberwachtmeisters Buchholz? Zwei Sachverständige haben unabhängig voneinander ihr Gutachten dahin abgegeben, daß Buchholz auf eine Entfernung von 30 bis 35 Zentimeter durch einen Schuß von hinten getötet worden ist, und daß jede Möglichkeit eines Selbstmordes ausgeschlossen ist. Wer führt die Untersuchung gegen die Mörder und ihre Hintermänner? Zuständig dafür ist eigentlich die Mordkommission beim Berliner Polizeipräsidium. Leider besteht eine Verfügung des Polizeipräsidenten, daß kriminelle Vergehen innerhalb der Schupo nicht durch die eigentliche Kriminalpolizei, in diesem Falle also durch die Mordkommission, sondern durch eine bei der Sicherheitspolizei eingerichtete Kriminalstelle untersucht werden. Richter in eigener Sache spielen, kann natürlich nie zu einem objektiven Ergebnis führen. Soll der Mord aufgeklärt werden, dann muß der Kriminalstelle der Sicherheitspolizei die Untersuchung entzogen und die Mordkommission beim Berliner Polizeipräsidium damit betraut werden. Wenn das geschehen ist, wird die Oeffentlichkeit sehr bald nicht nur über diesen Mord, sondern auch über die weiteren Vorgänge in der Hundertschaft Z. B. V. aufgeklärt werden.

Zu den Geheimnissen der Schloßkaserne gehören auch einige Waffenschiebungen. So war die Z. B. V. in die große Waffenschiebung verwickelt, die im Februar durch den Sportklub „Olympia" vorgenommen wurde. Das Polizeipräsidium sagte damals eine strenge Untersuchung zu. Die Hauptbeschuldigten, ein Assessor Heil und ein Hauptmann Bostelmann, konnten sich der Verantwortung durch die Flucht entziehen. Sie waren rechtzeitig gewarnt worden. Bostelmann ist jetzt Führer einer Selbstschutzabteilung in Mittelschlesien, die Hundertschaft Z. B. V. ist ebenfalls dort anwesend. Da kann die Republik ruhig schlafen.

Weiter ist bekannt, daß in der Hundertschaft Z. B. V. im Sommer 1920 eine Geheimorganisation gegründet wurde, die sich dem sogenannten „Bund der Ringmannen" anschloß. Die Verpflichtungen, die den Mitgliedern der Z. B. V. auferlegt wurden, haben fast den gleichen Wortlaut, wie die von dem badischen Staatspräsidenten bekanntgegebenen Statuten der Münchener Geheimorganisation. Ist das der preußischen Regierung bekannt? Wenn die Republik nicht zu einem Verbrecherkeller werden soll, werden sowohl die preußische Regierung als auch der Berliner Polizeipräsident mit größerem Nachdruck als bisher dafür zu sorgen haben, daß die Geheimnisse der Hundertschaft Z. B. V. endlich enthüllt und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

Nach dem Beispiel Poehners

TU. München, 30. September.

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" erfahren, haben im Zusammenhang mit dem politischen Wechsel in der Polizeidirektion München auch der Regierungsrat Lang vom Fremdenamt der Münchener Polizeidirektion und ferner Graf Soden, der Vorstand der Polizeistelle für Nordbayern in Bamberg, um Enthebung von ihren Aemtern nachgesucht.

Wird diesem Ersuchen stattgegeben und folgt dem Rücktritt der genannten Personen auch eine Neuorientierung des bayerischen Polizeiwesens, dann wird Bayern viel zur Wiederherstellung seines gesunkenen Rufes beitragen. Das Fremdenamt in München ist in seiner heutigen Gestalt eine abscheuliche Einrichtung. Es diente dazu, jeden nicht in Bayern geborenen Deutschen in der unerhörtesten Weise zu schikanieren, natürlich nur dann, wenn er republikanischer oder sozialistischer Gesinnung verdächtig war. Hingegen räumte es den Kappisten alle Hindernisse eines Zuzuges aus dem Wege, auch wenn es sich um steckbrieflich verfolgte Verbrecher handelte. Auch die nordbayerische Polizeistelle in Bamberg war ein fester Stützpunkt der Reaktion. Die von dort aus verschickten Lageberichte waren üble Spitzelmachwerke und enthielten, wie von uns wiederholt festgestellt wurde, scharfe Angriffe auf die Reichsregierung und die Republik. Wie Poehner in München, so stand Graf Soden in Bamberg offen im Dienste der Gegenrevolution.

Kein ungewöhnlicher Zwischenfall

Der Führer der bayerischen Deutschnationalen, Abgeordneter Dr. Hilpert, glaubte gestern im bayerischen Landtag eine kleine Sensation hervorrufen zu können. Er wies darauf hin, daß der bayerische Justizminister Dr. Roth nach seinem Rücktritt durch den Oberreichsanwalt vernommen worden sei, obwohl er „in amtlicher Eigenschaft die Schauermärchenberichte Dr. Weißmanns als erfunden bezeichnet habe". Das Wulffblatt nennt das einen „ungewöhnlichen Zwischenfall". Wir wünschen, daß es nicht nur bei der Vernehmung Dr. Roths bleibt, sondern, daß sich der Vernehmung recht bald ein Strafverfahren anschließt. Wenn Dr. Roth in Amtseigenschaft die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zurückgewiesen hat, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß seinen Angaben Glauben zu schenken ist. Wir sind es ja gerade von Bayern her gewöhnt, daß Personen in Amtseigenschaft wiederholt gelogen haben. Die Amtseigenschaft ist jedenfalls kein Hindernis, die Unwahrheit zu sagen, zumal, wenn sich ein Beschuldigter damit reinwaschen kann. Ungewöhnlich ist der Zwischenfall also nicht, denn es handelt sich um die Verfolgung eines gewöhnlichen Verbrechens.

Verbot der „Heerschau Schwarz-weiß-rot". Der Polizeipräsident von Berlin hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 die für den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Sportpalast, Potsdamer Str. 72, geplante „Heerschau Schwarz-weiß-rot" verboten. Die Veranstalter der geplanten Heerschau gehören den gleichen Kreisen an wie die Veranstalter des sogenannten Frontkämpferstages. Auf der „Heerschau" sollte eine „Stiftung der deutschen Ehren-Denkmünze des Weltkrieges durch den Ordensrat des Verbandes national gesinnter Soldaten" sowie eine „Weihe der schwarz-weiß-roten Kampfahne des deutschen Herolds" stattfinden.

Aussperrung in Erfurt. In sämtlichen dem Verbande thüringischer Metallindustrieller angeschlossenen Betrieben in Erfurt ist Freitag früh die Aussperrung erfolgt.

Arbeiter-Büchertisch

(Erscheint jeden zweiten Freitag)

Tendenzromane

In den „völkischen" Kreisen des Kleinbürgertums, die keinen geringen Teil des lesenden Publikums in Deutschland ausmachen, hat ein Buch Artur Dinters hysterische Freudenausbrüche hervorgerufen. „Die Sünde wider das Blut" ist die Geschichte eines vollkommen rassereinen Germanen mit tadellos-christlichem Langschädel, der sein ganzes Leben gegen die schmutzigen, geldgierigen, sinnlichen, rundschädligen Juden zu kämpfen hat. Besonders mit den Frauen hat er Malheur. Teils liebt er solche, die von Juden abstammen, teils von Juden verführte, und das schreckliche Resultat dieser Lieben sind dann trotz der germanischen Begattung immer ganz kraushaarige affenähnliche Judenjungens, die schon in der Wiege gut rechnen können und später ihren Schulkameraden für einen Pfennig die Schuhe ablecken.

Dieser „Roman", zu dessen Kennzeichnung man nur das sonst nicht literaturfähige Wort Mist gebrauchen kann, hat die Verehrer der Boy-Ed und der Courths-Mahler derartig begeistert, daß sie sogar ihre Leihbibliotheksgewohnheiten aufgaben und ihn kauften! Seine Auflage ist ungeheuer. Von Pillkallen bis Rosenheim kann man „Die Sünde wider das Blut" in jeder Buchhandlung haben, im Lexikon- und im Taschenformat, in Leinen und in Leder, mit und ohne Goldschnitt — ganz wie die Bibel.

Hans Reimann, dessen schlagkräftiger Witz uns ungefähr dasselbe ist, was Julius Stettenheim unseren Vätern war, hat selbstverständlich die unbeabsichtigte Komik des Dinterschen Machwerkes sofort herausgespürt und unter dem Titel „Artur Sünder, Die Dinte wider das Blut" (Verlag Paul Steegemann, Hannover) eine lustige Parodie darauf geschrieben. Er läßt den Chemiker Hermann Stänker in seinem Kampf gegen den rassenverschlechternden jüdischen Samen die Semitokokken entdecken und sich zwischen Chemie und Liebe hindurchwinden, bis er sich nach der Revolution auf den auswechselbaren Doppelboden der Tatsachen stellt.

Aber man kann nicht Angaben über den Witz machen. Mehr noch als jede andere literarische Kategorie ist er auf sich selbst gestellt und erhält aus sich selbst seine Rechtfertigung. Man muß das Buch schon selbst lesen.

Nicht mit dem spitzen Florett des Spotts, sondern mit dem breiten Schwert sachlicher Widerlegung versucht Emil Felden die verderblichen Gedanken des Nationalismus und des Antisemitismus zu bekämpfen. Aehnlich Reimann heißt sein Buch in Anlehnung an Dinters Buch: Die Sünde wider das Volk (Verlag Oldenburg u. Co.). Aus der schmerzlichen Empfindung des Elsässers, der die kaiserliche Gewaltherrschaft am eigenen Leibe verspürt hat, und der, der Unterdrückung seines Stammes Verständnis für die Wirkungen des Völker- und Rassenhasses gewonnen hat, ist sein Buch geschrieben. Am Schicksal eines Elsässers, der in nahen Beziehungen zu Juden aufwächst, zeigt er das Ringen ihrer ehrlich deutschen Gefühle gegen den verständnislosen Uebermut der Alldeutschen. Es ist ein Buch mit sehr viel Material, ein Roman mit Anmerkungen — und ebendarum kein Roman. Und bei aller Zustimmung zu der Tendenz der Aufklärung und Versöhnung darf man dem Verfasser nicht ungesagt lassen, daß seine Personen zu wenig nuanciert, zu sehr nach dem Schema gut und böse gemacht sind; mehr noch als auf die Elsässer trifft das auf die Juden zu, die Felden in dem schönen Wunsch der Verteidigung unkomplizierter sieht, als sie sind. Aber es ist ein anständiges Buch, das mit ehrlichen Mitteln gearbeitet ist, und das ist ja im Zeitalter der Dinter schon viel.

Garnicht Verteidigung, nur Angriff, schneidender Angriff ist natürlich Sternheims neues Buch Fairfax. (Verlag Ernst Rowohlt, Berlin.) Sternheim, der die Snobs, die er haßt beinahe zu gut kennt, sieht was los ist, und er findet Europa „zum Kotzen". Vergeblich durchrast sein amerikanischer Milliardär, der sich nach Kriegsende in der sensationslosen Produktion des Friedens langweilt, zwei Erdteile, um neuen Auftrieb zu einem großen Geschäft zu finden. Die Kraft dazu findet er an den Brüsten einiger Indianerinnen, nachdem das Sammeln von Reliquien und Gemälden ihn nur kurze Zeit zu fesseln vermochte. Er will den angeblichen, dogmatischen Nationalismus der Franzosen benutzen, um einen neuen Krieg zu finanzieren, findet dann aber in der kolossalen Konsumfähigkeit der Deutschen ein besseres Geschäft, und entschließt sich, die Kriegsschulden zu bezahlen. Schließlich entflieht seine Tochter Daisy, deren unverbrauchte Lebenskraft das ganze Europa morsch und impotent findet, nach Rußland. Und während Fairfax eine Ansichtskarte von ihr liest, die die Führer der Bolschewiki unterschrieben haben, glimmt in ihm titanisch der erste Funke eines neuen gewaltigen Planes auf.

Es ist bei so aktuellen Problemen selbstverständlich, daß man Sternheim nicht immer zustimmt. Seine lieblose Einstellung sieht mit boshaftem Haß und nicht ohne die Freude des Sezierens-Könnens nur den kahlen Tanz der Oberschichten und nicht das vulkanische Werden der Tiefen. Ganz befangen von dem Instinkt der Herren, von dem er vermeint, sich gelöst zu haben, bemerkt er nicht die embryonale Vorformung einer neuen Gefühls- und Lebenswelt der Geknechteten, und wenn er sie ahnt, so doch nur durch die trüben Fensterscheiben des Hotel Bristol. Aber in dieser Beschränkung ist der „Fairfax" doch ein Buch eines unseres interessantesten Satirikers, lesbarer als seine anderen Werke, weil es freier ist von den verwirrend krausen und geschmacklosen Verschlingungen des üblichen Sternheimschen Satzbaues.

Hanns Erich Kaminski

Karl Kautsky: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches. Ihre Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie. Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H. Berlin. Preis 2,00 M.

So zahlreich die Schriften über Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches auch sind, so fehlte bisher doch eine, die das Gemeinsame in dem Wirken dieser drei Persönlichkeiten hervorhob und die Ursachen für die eigenartige Rolle erklärte, die sie in der deutschen Arbeiterbewegung spielten. Auch die jüngste Schrift Radeks über diese drei Personen leidet an diesem Mangel. Es ist deshalb freudig zu begrüßen, daß Kautsky das Erscheinen der Radekschen Schrift zum Anlaß genommen hat, gerade diese Seite des Wirkens der drei Persönlichkeiten darzustellen. Kautskys Schrift schildert zunächst den Gegensatz zwischen der Arbeiterbewegung in England und Rußland als den Gegensatz von reformistischer und revolutionärer Denkweise. Der englische Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung aber war gering, gewaltig dagegen der Einfluß Rußlands auf das sozialistische Denken Europas. Als nun in Deutschland der proletarische Massenkampf gegen den Absolutismus begann, da wurde der vom Kampf des russischen Proletariats ausgehende revolutionäre Einfluß noch verstärkt durch den persönlichen Einfluß, den die zahlreichen Scharen von Emigranten hervorriefen, die zeitweise oder für immer vor ihren Bedrängern aus Rußland flüchten mußten. Kautsky zeigt aber auch, daß die Bedingungen des großen Einflusses Rußlands und seiner Vertreter auf die deutsche Arbeiterbewegung sich jetzt gewandelt haben. Er schließt deshalb: „Und darum werden Rosa Luxemburg und ihre Freunde wohl in der Geschichte des Sozialismus stets einen hervorragenden Platz behaupten, aber sie kennzeichnen in dieser Geschichte einen Abschnitt, der zu seinem Ende gekommen ist." P. H.

Siegfried Kawerau: „Soziologische Pädagogik" (Verlag Quelle u. Meyer, Leipzig).

Kaweraus Buch nimmt den entschiedenen Kampf nicht nur mit der Schulreaktion, sondern mit der ganzen bürgerlichen Schule auf. Es ist ein tapferes Buch, und wir begrüßen es um so freudiger, als so mancher von denen, die in der „Neuen Erziehung" einst revolutionäre Töne anschlugen, sich zur bescheidenen Reform zurückgefunden hat. Das Buch ist nicht aus proletarischer Not entstanden; trotzdem ist es für unsere proletarischen Leser höchst beachtenswert. Wer unsere Erziehungsziele nicht nur in der Widerspiegelung programmatischer Forderungen verstehen will, sondern sie im geschichtlichen Werden unserer Zeit lebendig gestalten will, der muß auch die zersetzenden Tendenzen im Erziehungssystem unserer herrschenden Klassen kennen. Kawerau kennt sie gut und schildert sie lebendig, durch reichliche Beispiele veranschaulicht. Die familiäre Enge, die Sitte, Wert und Ziel der bürgerlichen Jugend bestimmt, schafft die Typöide der sich emanzipierenden bürgerlichen Jugend. Dabei bleibt das Problem der Erotik die wichtigste Rolle. Ein großer Teil des Kaweraufschen Buches behandelt dieses Problem als Zentralproblem. Durch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mächte der herrschenden Klasse wird die Erotik zur verlumpenden Sexualität umgebogen. Es mag schon richtig sein, daß in diesem Problem der Zersetzungs-

Deutscher Reichstag

Der Reichstag begann seine heutige Sitzung um ½1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst einige kleine Anfragen. Auf eine Anfrage der Kommunisten, was die Regierung gegen die Staatsanwälte und Richter zu tun gedenke, die unter völliger Außerachtlassung jeder richterlichen Objektivität nationalistische Angeklagte freigesprochen oder die Verfahren gegen sie eingestellt haben, wird von einem Regierungsvertreter beantwortet, daß das Hauptverfahren gegen Jagow bereits eröffnet sei und daß die Verhandlung voraussichtlich Ende Oktober beginnen werde.

Auf der Tagesordnung steht weiter der deutsch-amerikanische Friedensvertrag. Im Ausschuß wurde ihm bereits zugestimmt. Es ist anzunehmen, daß auch das Plenum ihn ohne Schwierigkeiten verabschieden wird. Darauf folgt die Beratung der unabhängigen Anträge und Interpellationen, die zum Schutze der Republik eingebracht worden sind, und die die Aufhebung der Ausnahmeverordnung verlangen, außerdem der deutschnationale Antrag, der gleichfalls die Aufhebung der Ausnahmeverordnung verlangt. Für die Fraktion der U. S. P. wird Genosse Dittmann dazu sprechen.

Soldatenschinderei bei der Reichswehr

Die Reichwehr hatte sich bekanntlich zur Aufgabe gestellt, die Traditionen des alten kaiserlichen Heeres zu pflegen. Zu diesen Traditionen gehört anscheinend auch die Soldatenschinderei, die im alten Heere an der Tagesordnung war. Die Mißhandlung von Untergebenen ist jedenfalls keineswegs aus der neuen Wehrmacht verbannt, sie ist eine logische Folgeerscheinung des Drills und der Disziplin, wie sie vom alten Heere übernommen wurde. So wird jetzt dem „Vorwärts“ vom Ortsausschuß des A. D. G. B. Minden folgender Fall übermittelt:

Am 23. September sahen zwei Zeugen, wie auf dem Bastionshofe vier Reichswehrsoldaten von einem Unteroffizier hinter eine Hinderniswand gejagt wurden. Hier wurde einer von den Soldaten von seinen „Kameraden“ in furchtbarer Weise mit Fäusten, Gewehrkolben und Seitengewehren gegen den Kopf und den Oberkörper geschlagen, auch Fußtritte setzte es ab. Dieses schmachvolle Bild wiederholte sich dreimal, dann brach der Mann zusammen. Als er sich erheben wollte, wurde er wiederum niedergeschlagen. Der Mißhandelte lag wie leblos auf dem Gesicht und bekam nur noch Fußtritte. Als er sich von neuem erheben wollte, wurde er von zwei Kameraden an den Händen gefaßt, wiederholt mit dem Kopf auf die Erde gestoßen, dann etwa 25 Meter weit geschleift und schließlich wie ein krepiertes Stück Vieh liegen gelassen. Eine Viertelstunde lang kümmerte sich niemand um ihn. Endlich kamen drei Vorgesetzte, darunter der Unteroffizier und allem Anschein nach ein Arzt. Dieser hielt es aber nicht für nötig, sich zu dem Mißhandelten zu bücken, er wurde vielmehr in die Höhe gerissen, und die Zeugen sahen, wie er immer wieder in die Knie oder vornüber zusammensank.

Einer der Zeugen des Vorfalls war 20 Jahre Soldat. Er stellt fest, daß er eine derartige Mißhandlung unter dem wilhelminischen Militarismus niemals erlebt hat. Die Zustände bei der in Minden liegenden Reichswehrformation machen ein sofortiges Einschreiten des Reichswehrministeriums notwendig. Vor vier Wochen hat bereits ein Reichswehrsoldat derselben Kampagnie Selbstmord verübt. Am Tage nach der hier geschilderten Mißhandlung ist ein anderer Soldat beim Exerzieren solange gezwiebelt worden, daß er davongetragen werden mußte. Der Kompagniechef ist ein strammer Deutschnationaler. Hauptmann Schmidt ist sein Name.

Die Rache der Offiziere

Im Jahre 1919 gab ein Leutnant Viehweg der Oeffentlichkeit bekannt, daß die reaktionären Offiziere der Potsdamer Reichswehr Pläne zur Herbeiführung der Gegenrevolution und zur Ermordung Erzbergers geschmiedet haben. Die Folge davon war, daß die gesamte bürgerliche Presse nun nicht etwa gegen die Offiziere vorging, sondern, wie immer in solchen Fällen, gegen den Leutnant, der die Republik auf eine schwere Gefahr aufmerksam gemacht hatte. Er wurde als Spitzel und Denunziant bezeichnet, eine militärgerichtliche Verfolgung wurde gegen ihn eingeleitet und auch Noske nahm, wie es seiner Art entsprach, gegen Leutnant Viehweg und für die reaktionäre Offiziersclique in Potsdam Partei.

Erzberger ist nun inzwischen ermordet worden. Wie alle Deutschnationalen und Monarchisten, so werden auch sicher diejenigen Potsdamer Offiziere, die damals die Pläne gegen Erzberger schmiedeten, bei der Nachricht über die Mordtat fröhlich aufgejauchzt haben. Leutnant Viehweg aber hat inzwischen einen wahren Leidensweg zurücklegen müssen. Die Rache der reaktionären Offiziersclique setzte es durch, daß Viehweg 1920 in Einzelhaft kam und dort barbarisch gemartert wurde. Schließlich mußte er entlassen werden, weil die gegen ihn erhobenen Anklagen in nichts zusammengebrochen waren.

Ein einziger Fall blieb übrig. Ein Feldwebel hatte bei schwerem Regenwetter einem 15jährigen Mädchen Unterkunft in der Kaserne gewährt. Leutnant Viehweg war an jenem Abend Offizier der Ronde, er erfuhr davon, erstattete aber gegen den Feldwebel keine Meldung. Wegen dieses schweren Verbrechens hatte sich Viehweg am Mittwoch vor der Potsdamer Strafkammer zu verantworten. Der Schlußstein: drei Wochen Stubenarrest.

Wenn Leutnant Viehweg ein Lump gewesen wäre, wenn er sich an der Verschwörung der Offiziere mit beteiligt hätte, dann wäre natürlich nie ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet worden. Jetzt ist nur zu wünschen, daß der Justizminister die gegen Viehweg verhängte Strafe im Gnadenwege erläßt. Leutnant Viehweg hat sich durch die Aufdeckung der Potsdamer Verschwörung sehr verdient gemacht. Die Potsdamer Richter würden gut tun, wenn sie sich mit diesen Verschwörern etwas näher beschäftigen würden, statt die kostbare Zeit mit der Verfolgung von Bagatellen zu verschwenden.

Kirche und Pazifismus

Das Konsistorium der Mark Brandenburg hat dem Pfarrer an der Trinitatiskirche in Charlottenburg, Herrn August Bleier, dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft, den zur Teilnahme an der Tagung der Friedensgesellschaft in Bochum und am 10. Deutschen Pazifistenkongreß in Essen erbetenen Urlaub verweigert. Das geschah, obwohl Pfarrer Bleier bereit war, für die Woche seines Fernbleibens vom Amte einen vollwertigen Vertreter zu stellen. Pfarrer Bleier ist ein allseitig anerkannter Wortführer der radikalen Gruppe innerhalb der deutschen Friedensbewegung. Sein Fehlen in Bochum und Essen bedeutet eine schwere Schädigung der pazifistischen Sache. An dem politischen Hintergrund dieser merkwürdigen Urlaubsverweigerung ist nicht zu zweifeln. Wenn Herr Pfarrer Bleier Urlaub für eine monarchistische Tagung erbeten hätte, auf die der Krieg verherrlicht und die Republik beschimpft worden wäre, dann wäre ihm dieser Urlaub sicher nicht verweigert worden, auch wenn er keinen Vertreter hätte stellen können. Mit dieser Urlaubsverweigerung enthüllt sich die herrschende kirchliche Richtung erneut als eine Vertreterin der schwärzesten Reaktion. Es wäre zu wünschen, wenn weitere Volkskreise daraus die richtige Lehre ziehen und der Kirche in noch größerem Maßstabe als bisher den Rücken kehren würden.

Arbeiterschaft und Antisemitismus

Die Memminger Krawalle vor Gericht

Die antisemitischen Exzesse in Memmingen sind vor kurzem Gegenstand einer Verhandlung vor dem dortigen Volksgericht gewesen, in der, wie zu erwarten war, die Haupträdelsführer zu auffallend milden Strafen verurteilt wurden. Der Prozeßbericht gibt in lehrreicher Weise darüber Aufschluß, in welch raffinierter Weise die antisemitischen Drahtzieher es verstanden haben, den berechtigten Zorn der Arbeiterschaft gegen jeden Lebensmittelwucher, von welcher Seite er auch immer kommen mag, für ihre hetzerischen Zwecke auszunutzen. Die Seele der ganzen Sache war der Arzt Dr. Sicius, Mitglied des berüchtigten Schutz- und Trutzbundes. Er benutzte seine Sprechstunden dazu, um die Patienten gegen die Juden aufzuhetzen. Als die Krawalle dann begannen, hielt sich der tapfere Dr. Sicius wohlweislich im Hintergrund. Selbst der gewiß nicht judenfreundliche Vorsitzende des Volksgerichtes mußte dieses Verhalten mit den Worten kennzeichnen: „Das ist in der Regel so, die Aufwiegler halten sich im Hintergrund und andere müssen den Kopf hinhalten.“ Und von einem Arbeiter mußte sich Dr. Sicius sagen lassen: „Ja, das ist wieder so eine Hetzpropaganda, der Arbeiter soll wieder vorn hin und die Bürgerlichen schauen hinter den Vorhängen zum Fenster hinaus.“ Und ein anderer meinte, als Sicius sagte, an den Preistreibereien seien nur die Juden schuld: „Dann müßte man alle Bauern und Käser erst mal vorladen und die Schuld untersuchen. Dann müssen alle bestraft werden, ob Jude oder Christ.“

Der Arbeiterschaft hat, wie durch die Verhandlung erwiesen ist, jede antisemitische Tendenz bei der Demonstration ferngelegen. In der Betriebsräteversammlung, die sich mit der Frage des Wuchers befaßte, ist der Name Rosenbaum überhaupt nicht genannt worden. Dr. Sicius hingegen hetzte, ohne überhaupt zu wissen, welcher Rosenbaum von mehreren dieses Namens in Frage kam. Als ein Arbeiter ihm hierüber Vorhaltungen machte, sagte er, es sei ganz gleich, welcher Rosenbaum es sei, die Hauptsache wäre, es sei ein Jude.

Leider hat ein Teil der Arbeiterschaft Memmingens sich dennoch verführen lassen, die Demonstration gegen den Wucher so zu machen, wie die Schutz- und Trutzbündler es gewollt haben. Sie haben damit nicht nur für die Reaktionäre „die Köpfe hingehalten“, sondern ihre Demonstration gegen den Lebenswucher in ihrem Charakter völlig verfälschen lassen.

Fortschritte der Automobil-Industrie

Zur Ausstellung am Bahnhof Witzleben

Seit ungefähr zehn Jahren hat die deutsche Automobilindustrie zum ersten Male wieder Gelegenheit, in Form einer großen Ausstellung ein Bild ihres Könnens und Fortschrittes der breiten Oeffentlichkeit zu zeigen.

Verschiedenartige Umstände, insbesondere durch die Kriegswirtschaft hervorgerufen, haben inzwischen eine grundlegende Aenderung im Automobilwesen gebracht. Die Fortschritte im Bau von Flugzeugmotoren wirkten naturgemäß nach allen Seiten. Dem Konstrukteur von Fahrzeugmotoren wurden jetzt ganz andere Aufgaben gestellt als zuvor. Später mußten die gewonnenen Kriegserfahrungen den veränderten Friedensverhältnissen angepaßt werden.

Dieser Gesichtspunkt gibt der jetzigen Ausstellung ihre Grundzüge. Die schon während des Krieges einsetzende Knappheit an gewissen Stoffen, die Zwangsbewirtschaftung der hochwertigen Metalle und des Betriebsstoffes, sowie die stetig steigenden Preise zwangen den Konstrukteur zu größter Sparsamkeit, die aber nicht dazu führen durfte, die Qualität zu beeinträchtigen, mit anderen Worten, unter Anpassung an die gegebenen Tatsachen ein Fabrikat auf den Markt zu bringen, das technisch vollkommen und wirtschaftlich konkurrenzfähig ist.

Diese Aufgaben sind von den Technikern in enger Fühlung mit der daran beteiligten Arbeiterschaft in beachtenswertem Ausmaß gelöst worden. Ein Rundgang durch die Ausstellung bestätigt das Vorausgesagte. Er erbringt den Beweis, daß die deutsche Automobilindustrie auf einer hohen Stufe steht. Zu dieser Vorwärtsentwicklung haben die technischen Arbeiter und Angestellten wesentlich beigetragen. Die Ausstellung erweckt in ihrer Gesamtheit einen starken Eindruck und wird zweifellos die deutsche Automobilindustrie wesentlich fördern. Man muß dies begrüßen, weil direkt und indirekt ein großes Heer von Arbeitern und Angestellten lebhaft daran interessiert ist.

Die ausgestellten Erzeugnisse werden teilweise im Betrieb vorgeführt, teils schematisch im Wirkungsgrad dargestellt. Da gibt es Beleuchtungsartikel, Signalapparate, Kugellagerungen, Ketten- und Schneckentriebe und viele andere Einzelteile. Die fertigen Automobile weisen durchweg ein gefälliges Aeußere in der Form und Gestaltung auf, insbesondere der Karosseriebau sowohl bei den offenen wie den geschlossenen Wagen. Eine Neuigkeit stellten die Wagen dar, die sich in ganz kurzer Zeit vom offenen in einen geschlossenen verwandeln lassen. Der einfache leichte „Einsitzer“ ist ebenso vertreten wie der große, pompöse „Sechssitzer“. Bei aller Anerkennung der hier gezeigten und geleisteten Arbeit muß jedoch festgestellt werden, daß viel zu viel Luxusfahrzeuge zu sehen sind.

Die verhältnismäßig spärlich ausgestellten Nutzwagen weisen viele Verbesserungen auf. Die Ladekästen oder Tanks werden meist durch eine mechanische Vorrichtung in die Höhe gehoben, um ein schnelles Entladen der Last zu ermöglichen, ohne Menschenkräfte zu benutzen. Autobusse werden in den mannigfachsten Ausführungen gezeigt. Hierbei fallen besonders die Rumplerwagen auf, die der Lösung des Problems der Verminderung des Luftwiderstandes durch ihre eigenartige Bauart sehr nahegekommen sind. Vorzüglich sind auch die Kraftwagen für das Feuerlöschwesen und die für landwirtschaftliche Zwecke bestimmten. Außerdem werden noch neuartige Motorfahrräder und auch Fahrräder mit eingebautem Motor gezeigt.

Gerade die letzteren wären das gegebene Fahrzeug des Arbeiters. (In Amerika sind sie es schon lange.) Den Konstrukteuren bietet sich eine große und schöne Aufgabe dar in der Notwendigkeit, Maßnahmen zur Senkung der jetzt ganz undiskutablen Anschaffungs- und Betriebsunkosten zu treffen.

Weinmeisterstraße 8

Der „Spielklub des kleinen Mannes“

Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben: Seit bald drei Jahren besteht in einem Lokal in der Weinmeisterstraße eine Spielhölle, die Tag für Tag, vom frühen Morgen bis zum späten Abend, Hochbetrieb unterhält.

Es handelt sich um eine ganz besondere Klubspezialität, die aber schwerlich die einzige ihrer Art ist. Während die anderen Spielklubs ausnahmslos auf Nachtbetrieb eingestellt sind, wird hier am hellen Tage „gearbeitet“. Schon hieraus geht hervor, daß das saubere Unternehmen sich an andere Kreise wendet als an diejenigen, die sonst in Spielklubs zu verkehren pflegen. Die Frau mit der Markttasche, der zur Arbeit gehende oder von der Arbeit kommende Arbeiter, der Kutscher, der im Vorüberfahren einen Schluck trinken möchte, der Zeitungshändler von der nächsten Ecke, kurz, der kleine Mann in seinen verschiedenen Gestalten ist hier anzutreffen.

Gewöhnlich kommt er herein, ohne zu wissen, worum es sich hier handelt, doch es ist dafür gesorgt, daß er bald im Bild ist. Nur die wenigsten verlassen das Lokal, ohne einen kleinen „Versuch“ gemacht zu haben, zu dem sie sehr nachdrücklich gepreßt werden. Sind sie erst so weit, dann dauert es nicht lange, bis sie bis auf den letzten Pfennig ausgeplündert sind. Doch nicht nur solche Zufallsgäste kommen in Betracht. Zahlreiche Schlepper sorgen dafür, daß es nie an „Kundschaft“ mangelt. Es ist einfach ein Skandal, daß so eine Lasterhöhle nicht von Polizei wegen geschlossen wird. Viele ordentliche Arbeiter, die für ihren mühsam erschufteten Lohn doch wirklich eine bessere Verwendung hätten, werden so dem Spielteufel in die Arme getrieben. Die Polizei hat die Pflicht, sofort nachdrücklichst einzuschreiten. Die Adresse lautet: Weinmeisterstraße Nr. 8. Sie müßte ihr eigentlich bekannt sein, denn es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein oder der andere Kriminalbeamte vorüberkommt.

Soweit unser Gewährsmann, der außerdem noch zu berichten weiß, daß das genannte Lokal täglich der Schauplatz wüster Schlägereien zwischen Verluste beklagenden Spielern und den sehr handfesten Bankhaltern ist. Wir müssen gestehen, daß wir für die ersteren, auch wenn sich tatsächlich Arbeiter unter ihnen befinden sollten, keine größeren Sympathieen aufzubringen vermögen, als für die letzteren. Nichtsdestoweniger teilen wir die Meinung des Einsenders, daß es Pflicht der Polizei sein müßte, diesen Spielklub auszuheben wie jeden anderen.

Die heutigen Versammlungen beginnen pünktlich um 7 Uhr abends in den in der heutigen Morgenausgabe bekanntgegebenen Lokalen. Außerdem findet in der Schulaula Kronprinzenstraße eine Versammlung für alle Gewerbetreibenden statt. Referenten sind die Genossen: Mielitz, Zachert, Künstler, Zu-

prozeß der bürgerlichen Gesellschaft kulminiert; für unsere proletarische Jugend steht die Erotik nicht im Vordergrund. Die wirtschaftliche Not zwingt das Proletariat zu einfacheren Formungen des Sexuallebens, jene nervösen Abweichungen sind ihm daher zum großen Teil fremd. Im Zentrum der proletarischen Jugend steht der Kampf ihrer Klasse. Diesen Kampf drängt die Not des Lebens dem Proletariat von frühester Jugend an auf. Er tritt von vornherein in das Leben nicht als individuelle Not, sondern mit der ganzen Erdenschwere solidarischer Zusammengehörigkeit der ganzen Klasse und mit der brennenden Sehnsucht nach tatwilliger Befreiung zu höherer und höchster Menschlichkeit. Das Problem der sich emanzipierenden bürgerlichen Jugend ist individual nuanciert, von schwärmerischer Weltenferne; das proletarische Problem ist nüchterner und trotz aller Unendlichkeitseinstellung von endlichster Gegenwärtigkeit. Diejenigen, die nicht zu uns gehören, werden sich immer wieder wundern, wie das Proletariat nach dem Wissen und nach der Kultur der herrschenden Klassen strebt, und auch unsere proletarischen Eltern wollen meistens zunächst nur die „gute“ Schule des Bürgertums. Darin steckt keine Gefahr: denn dieser Eroberungskampf des Proletariats ist nicht einfach eine Besitzergreifung, sondern ist zu gleicher Zeit Proletarisierung und Klassenumstellung. Darum ist — selbst wenn es praktisch möglich wäre — die Lösung des proletarischen Erziehungsproblems nicht das Landerziehungsheim. Die Produktionsschule — wie Marx sie andeutete — wird die Schule der sozialistischen Gemeinschaft sein, doch für uns kommt es darauf an, in unseren Schulen die proletarisierenden Tendenzen zu stärken und weiterzutreiben. Nach dieser Richtung hin ist Kaweraus Buch nicht frei von ideologischen Illusionen. Mit fortschreitendem Machtbewußtsein wird sich das Proletariat der Schul- und Erziehungseinrichtungen bemächtigen und sie nach seinem Klasseninteresse umwandeln. Weil der Sozialismus nicht eine utopische Schwärmerei, sondern eine geschichtlich notwendige Revolution zur planvollen Produktionsgemeinschaft ist, darum wird auch die künftige, die sozialistische Schule, die planvolle Produktionsschule sein.

K. K.-L.

Bruno Schönlank: Gesänge der Zeit. Gedichte. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin C. 2. Preis 1,50 M.

In diesem Hymnus, geboren aus dem tiefen Erlebnis unserer Tage, kommt Schönlanks Lyrik wieder zur schönsten Geltung. Wir spüren immer wieder, daß im rein Lyrischen Schönlanks Stärke liegt. Ein starker menschlich schöner Glaube an den Aufstieg des Volkes, brüderliche Liebe, heißes Sehnen, allumfassendes Gefühl entströmt diesen Versen. Möge das schmale Bändchen dem Dichter Bruno Schönlank viele neue Freunde, besonders unter der Arbeiterschaft, werben.

—by

Kleine Chronik

Die Vorarbeiten zur Herausgabe des zweiten Bandes der „Betrachtungen zum Weltkriege“ von Bethmann-Hollweg sind so weit gefördert, daß mit der Ausgabe im Buchhandel für den 11. Oktober gerechnet werden kann. Die Herausgabe mußte sich verzögern, da die Veröffentlichung der deutschen und fremdsprachlichen Ausgabe vereinbarungsgemäß gleichzeitig erfolgt. Das Buch erscheint im Verlage von Reimar Hobbing, Berlin.

Ein neues Werk Gerhart Hauptmanns erscheint demnächst unter dem Titel „Anna“, ein ländliches Liebesgedicht in 23 Gesängen bei S. Fischer, Verlag, Berlin. Die in Hexametern abgefaßte Dichtung ist offenbar durch ein Jugenderlebnis des Dichters angeregt worden.

Der Allgemeine Deutsche Musiker-Kalender für 1922 ist im Musikverlag von Dr. Richard Stern, Berlin W 62, soeben erschienen. Das Buch enthält alles, was der deutsche Musiker in seinem Berufsleben an Adressenmaterial braucht. Neben dem Text ist auch der große Inseratenteil von Interesse, durch ihn wird das Buch zu einer Art Börse, auf der Angebot und Nachfrage zum Ausdruck kommen.

Zeitschriftenschau

In dem soeben erschienenen neuesten Heft des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ (47. Band, 2. Heft) verdient neben einer wertvollen soziologischen Untersuchung des jüngst verstorbenen Heidelberger Professors Max Weber, „Die Stadt“, eine neue Veröffentlichung von Dr. Gustav Mayer aus dem literarischen Nachlaß von Marx und Engels Beachtung. Unter dem Titel: „Das Leipziger Konzil“ veröffentlicht er einen weiteren Abschnitt aus der gemeinsamen Schrift von Marx und Engels „Deutsche Ideologie“, aus der Eduard Bernstein vor Jahren einige umfangreiche Abschnitte in seinen „Dokumenten des Sozialismus“ herausgegeben hatte. Dieses Kapitel enthält eine scharfe Auseinandersetzung mit Bruno Bauer, dem bedeutendsten Vertreter jener philosophischen Gruppe, von der sich Marx und Engels nach kurzer Zusammenarbeit trennen mußten, um nach Ueberwindung aller Ueberreste der idealistischen Philosophie die Grundlagen für den wissenschaftlichen Sozialismus zu legen.

Beachtenswerte Neuerscheinungen

Claude Manpassant: Das große Paris — Das kleine Paris. 2 Bde. Novellen. Herausgegeben und durchgesehen von Ulrich und Margarete Steindorff. Musarionverlag, München.

Zsigmond Moricz: Gold im Kot. Ein ungarischer Bauernroman. Ernst Rowohlt Verlag. Berlin 1921.

Ostjuden in Deutschland. Herausgegeben vom Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands. Philo-Verlag, Berlin SW. 68.

Max Picard: Der letzte Mensch. 204 S. Geh. 25 M., geb. 30 M. E. P. Tal u. Co. Verlag, Wien und Leipzig.

Kurt Pfister: Der junge Dürer. O. C. Recht Verlag. München 1921.

Romain Rollands Mensch und die deutschen Antworten, mit einem Anhang über den Fall Nicolai. Herausgegeben von Georg Fr. Nicolai. Bundes-Verlagsanstalt G. m. b. H. Charlottenburg.

Sozialisierungskommission. Verhandlungen der — über die Kaliwirtschaft. Verlag R. Engelmann. Berlin 1921.

Heinrich Vogeler (Worpswede): Die Arbeitsschule als Aufbauzelle der klassenlosen menschlichen Gesellschaft. Konrad Hanf Verlag, Hamburg 8.

Volkshochschulleben in Thüringen. Grundsätze, Pläne, Verwirklichung. Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G., Gotha.

Th. Zell: Moral in der Tierwelt. Zellenbücherei. Verlag Dürr u. Weber G. m. b. H., Leipzig.

Karl Zwing: Gewerkschaftliche Probleme. Verlag J. H. W. Dietz, Stuttgart.

heil, Werner, Dr. Weinberg, Gürne, Loose, Grunow, Dr. Löwenstein, Ritter, John und Klodt.

An unsere Leser in Weißensee. Vom 1. Oktober ab befindet sich die „Freiheit"-Ausgabestelle für Weißensee nicht mehr Langhansstr. 119, sondern bei dem Genossen Ratche, Weißensee, Friedrichstraße 4. Wir bitten, dies bei Neu- und Umbestellungen, sowie im Falle von Beschwerden, zu beachten.

Der Mord am Schneckenberg

Der Mord am Schneckenberg im Tiergarten, der schon einmal das Gericht beschäftigt hat, stand gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zur Verhandlung an. Bei der erstmaligen Verhandlung stand der Schlosser Martin Raschke unter der Anklage des Raubes in mehreren Fällen. Raschke und der Kellner Johannes Gadow hatten als eine Art Vampyre der Friedrichstadt ihr Unwesen getrieben und u. a. auch im Februar den Gutsbesitzer Otto in ihre Netze gefangen. Otto war am 11. Februar vorigen Jahres am Schneckenberg im Tiergarten erschossen und beraubt vorgefunden worden. Raschke ist seinerzeit wegen Raubes zu 7½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die er gegenwärtig verbüßt. Gegen Gadow, der die Mordtat an Otto begangen haben soll, konnte damals nicht verhandelt werden, weil sein Verteidiger schon während der Voruntersuchung zu der Ueberzeugung gekommen war, daß Gadow nicht zurechnungsfähig sei. Auf seinen Antrag kam Gadow zunächst nach Herzberge und von da nach Buch, wo sich sein Zustand so gebessert hatte, daß er verhandlungsfähig erschien. Er wurde daher gestern unter der Anklage des Mordes den Geschworenen vorgeführt. Im Laufe seines Verhörs gab er die unsinnigsten Antworten. Sein Verhalten steigerte sich zu Ausbrüchen der Heftigkeit, als sein ehemaliger Genosse Martin Raschke in Sträflingskleidung als Zeuge auftrat und gegen ihn Bekundungen machte. Auf Antrag des Verteidigers beschloß das Gericht, die Sache auf unbestimmte Zeit zu vertagen, da der Angeklagte nicht verhandlungsfähig sei.

•

Die unter dem Verdacht der Anstiftung zu der Ermordung des Teppichhändlers Reißer und Beteiligung an anderen Verbrechen in Untersuchungshaft genommene Vermittlerin Frau Helene Spanier geborene Rewalski stand gestern mit drei Mitangeklagten unter der Anklage des Diebstahls. Es handelte sich um einen äußerst raffiniert eingefädelten Diebstahl an rotgestempelten Tausendmarknoten, die unter der Regie der Frau Spanier einem Kaufmann aus einer Aktenmappe entwendet worden sind. Im Laufe der Verhandlung stellte der Verteidiger für die Angeklagte den Antrag, diese durch den Geheimen Medizinalrat Dr. Hoffmann auf ihren Geisteszustand untersuchen zu lassen. Der Gerichtshof entsprach dem Antrage und vertagte die Verhandlung.

Einbrecher im Postamt 12. Von Einbrechern wurde in der vergangenen Nacht das Postamt 12 in der Zimmerstraße heimgesucht. Die Verbrecher haben sich wahrscheinlich in dem Gebäude abends verborgen und einschließen lassen. In der Nacht erbrachen sie dann mit Stemmeisen einen Schrank und erbeuteten eine größere Summe bares Geld und höhere Werte in Postwertzeichen. Mit Gewalt erbrachen sie auch die Schränke der Schalterbeamten. Mit einem Nachschlüssel öffneten sie endlich ein Gitter an der Zimmerstraße und verschwanden mit der Beute durch das Fenster. Für die Ermittlung der Einbrecher, die mit den Räumen und dem Betrieb auf dem Amt gut Bescheid gewußt haben müssen, ist eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt worden.

Neue Verhaftungen im Klante-Konkurs. Im weiteren Verlauf des gegen Max Klante eingeleiteten Verfahrens sind jetzt neue Verhaftungen vorgenommen worden. So ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft der Bruder des Inhabers des Sportkonzerns, Gerhard Klante, verhaftet worden. Ferner wurde der Generalagent Klantes, der Kaufmann Baus, verhaftet, dem von der Staatsanwaltschaft Beihilfe zum betrügerischen Konkurs vorgeworfen wird. Bei Baus wurden noch 27 000 M. gefunden. — Gestern wurde auch der Inhaber der „Berliner Sportgesellschaft" in der Wehlauer Straße, H. Retzlaff, verhaftet. Es handelt sich hier um einen verhältnismäßig kleinen Konzern, da die Passiven des nun auch verkrachten Unternehmens „nur" 600 000 M. betragen.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonnabend. Zeitweise etwas nebelig, überwiegend heiter und trocken. Nachts sehr kühl, in den Mittagsstunden mild bei größtenteils schwachen südlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Gewerkschaftliche Aktionsausschüsse

In Lübeck hat sich ein Aktionsausschuß der freien Gewerkschaften für die nordische Wasserkante gebildet, der letzthin tagte. Es wurde die Notwendigkeit betont, daß die Gewerkschaften bei Lohnkämpfen mit den Ortsausschüssen in engere Fühlungnahme treten müßten. Größere Einheitlichkeit in der Abwehr der den Gewerkschaften feindlich gesinnten Kreise sei unbedingt zu erstreben. Auch muß den Ortsausschüssen Gelegenheit gegeben werden, sich gutachtlich über die verschiedenen Gesetzentwürfe zu äußern. Dem Bundesvorstand sollen entsprechende Anregungen zugehen. Es wurden weiter zwei Resolutionen angenommen, deren eine sich gegen die reaktionären Bestrebungen der nationalistischen Parteien wandten. Gegen irgendwelchen Anschlägen von dieser Seite seien sofort Abwehrmaßnahmen in die Wege zu leiten, um auch durch die gewerkschaftlichen Machtmittel der wirtschaftlichen und politischen Reaktion begegnen zu können. Der A. D. G. B. und die Afa wurden aufgefordert, politische und wirtschaftliche Forderungen an das Reich zu stellen. In einer zweiten Entschließung wird erneut die Notwendigkeit des engsten Zusammenarbeitens zwischen Kopf- und Handarbeiterschaft betont, um alle gewerkschaftlichen Forderungen zur Tat werden zu lassen. Ferner wurde der bayerischen Arbeiterschaft in ihrem Kampf mit der Reaktion die wärmste Sympathie ausgesprochen.

Ein rabiater Unternehmer

In einer längeren Zuschrift wird uns Kenntnis gegeben von den rabiaten Umgangsformen des Fuhrherren Franz Goschke, Berlin, Elisabethstr. 42. Erst drangsalierte er einen Betriebsobmann, verlangte Unmögliches von dem Arbeiter, nachdem er bereits 12 Stunden gearbeitet hatte und brachte es endlich mit seinen Quälereien soweit, daß der Betreffende selbst um seine Entlassung nachsuchte. Nun weigerte sich dieser Patron, dem Arbeiter ein Zeugnis auszustellen in der Art, auf das er Anspruch hatte. Ein Verbandsfunktionär ging nun mit dem Mann zu Goschke, der auf die ruhigen sachlichen Argumente nichts besseres wußte, als beide anzubrüllen und sich wie ein Besessener auf den Arbeiter zu stürzen um ihn rabiat zu mißhandeln, so daß der Mißhandelte im Gesicht ganz verschrammt und mit Blut besudelt war. — Assistiert wurde dieser „famose" Fuhrherr bei dieser Attacke von seinem Sohn. Diese Affaire wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben und wir machen auf diesen Betrieb nun noch die Gewerbeaufsicht aufmerksam, die vor allem die 16stündige Arbeitszeit in diesem Betrieb abzustellen hätte.

An die Bauarbeiter

Die sozialpolitische Abteilung des A.D.G.B. richtet an die Vertrauenspersonen der baugewerklichen Arbeiter einen Aufruf, in welchem auf die Gefahr aufmerksam gemacht wird, die von der Unternehmerseite droht, die die Schutzbestimmungen für die Bauarbeiterschaft beseitigen wollen. Es wird auf den Inhalt der neuen Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerks-Berufsgenossenschaften hingewiesen, der obigem Wunsche Rechnung trägt. Darunter leidet auch der Zuwachs von Lehrlingen.

Der Einfluß der Unternehmer aber in den amtlichen Kreisen wächst zusehends, und das zu einer Zeit, wo die Eingabe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes betreffend Normalvorschriften zum Reichsbauarbeiterschutz beim Reichsarbeitsministerium vorliegt.

Gegen diese Treibereien soll in Versammlungen Front gemacht werden. Außerdem soll in der Zeit vom 15. Oktober bis zum 1. November dieses Jahres in allen Orten oder Kreisen, wo eine bemerkenswerte Bautätigkeit ausgeübt wird, eine Kontrolle der Bauten nach einem Fragebogen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vor sich gehen.

Verschärfung der Lage im Gastwirtsgewerbe

Bei den gestrigen Verhandlungen erklärten sich die Arbeitnehmer bereit, auf Grund des am 23. September ergangenen Schiedsspruchs zu verhandeln. Die Arbeitgeberkommission gab dagegen nach längerer Sonderberatung die Erklärung ab, daß sie die heute fallende Entscheidung ihrer Mitgliederversammlungen abwarten werde, diesen aber nicht empfehlen könne, auf der Grundlage des bisherigen Entlohnungssystems weiterzuverhandeln. Darauf stellten die Arbeitnehmer ein Ultimatum, das sie ihrer stattfindenden Nachtversammlungen wegen auf heute abend 9 Uhr befristeten. Bei dem völligen Mangel an Entgegenkommen seitens der Wirte und Hotelbesitzer und angesichts der von ihnen ausgesprochenen Massenkündigungen ist für Sonnabend mit einer umfassenden Arbeitseinstellung zu rechnen.

Sattler. Die Generalversammlung der Sattler und Tapezierer nahm einen durchaus ruhigen Verlauf. Nach Erledigung geschäftlicher Fragen nahm die Versammlung die Berichte über Lohnsteigerungen und Gehaltsregelungen entgegen, um dann die Wahl des ersten Vorsitzenden zu vollziehen. Mit überwiegender Majorität wurde Kollege Müller gewählt. Anschließend daran gab Kollege Gebhardt einen Bericht über das Verhalten bezüglich der Ueberstunden. Nach einer kurzen Diskussion wurde beschlossen, daß der Ortsverwaltung das Recht vorbehalten bleibt, in einzelnen Fällen diesbezügliche Entscheidungen zu fassen.

Angestellte der Patentanwälte. Der Zentralverband der Angestellten rief gestern zu einer Versammlung der Angestellten der Patentanwälte auf. Kollege Fabig gab einen Bericht über die Vorverhandlungen zum neuen Tarif, der gegenüber den alten Bestimmungen einige Vorteile bringe. Nach einer längeren Diskussion, die sich im zustimmenden Sinne bewegte, wird dieser Tarif den Arbeitgebern vorgelegt werden.

Dachdecker und Berufsgenossen! Vom 23. September erhöht sich der Stundenlohn um 1,50 Mark. Mithin beträgt der Lohn der Dachdecker 9,30 Mark, der Hilfsarbeiter 8,95 Mark pro Stunde. Meldungen über nicht gewährte Zulagen sind bis spätestens Sonntag, den 9. Oktober, in der Versammlung dem Vorstand mitzuteilen. Der Wochenbeitrag erhöht sich nach § 11 des Verbandsstatuts auf 6,50 Mark ab 40. Woche.

Gemaßregelte vom 30. März des A. E. G.-Werkes Brunnenstraße. Bericht über den Termin vor dem Gewerbegericht am Dienstag, den 4. Oktober 1921, abends 6 Uhr, in der Schulaula, Wiesenstraße 66.

Arbeitersport

Die „Freie Turnerschaft Wilmersdorf" feiert am kommenden Sonntag auf ihren Vereinsspielplätzen in der Württembergischen Straße, von 2 Uhr ab, das 15. Stiftungsfest. Sportliche Wettkämpfe, turnerische Vorführungen, Reigen der Radfahrer, Radball-, Hockey- und Fußballspiel. Von 5 Uhr ab in Reyers „Wilmersdorfer Sportpark", Kaiser-Allee 55-56, gemütliches Beisammensein und Tanz. Vorm. 9 Uhr Abturnen.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde". Fahrten am Sonntag, den 2. Oktober. Abteilung Wedding: Mechow—Uedersee; Abfahrt Sonnabend 5.35 Uhr und 6.40 Uhr Stettiner Fernbahnhof. — Abteilung Neukölln: Zum Uedersee: Abf. Sonnabend 7 Uhr Bahnhof Neukölln. — Abteilung Moabit: Sarnow—Liebelsee; Abf. Sonnabend 4.30 Uhr Stettiner Vorortbahnhof. — Abteilung Lichtenberg: Durch den Krämer; Abf. Sonntag 7.03 Bahnhof Gesundbrunnen. — Abteilung Treptow: Mädchenfahrt Ladeburg—Bläßsee; Abf. Sonntag 6 Uhr Bahnhof Treptow. — Abteilung Süd-Ost: Finkenkrug—Brieselang: Abf. 6.28 Uhr Lehrter Bahnhof. — Abteilung Weißensee: Erkner—Rüdersdorf: Treffp. Sonntag 6 Uhr Antonplatz. — Abteilung Norden: Treffahrt mit der Ortsgruppe Frankfurt und Guben zum Petersdorfer See; Abf. 5.05 Uhr und 5.15 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. — Jugendabteilung Moabit: Montag, den 3. Oktober, abends 7.30 Uhr Elternbesprechung in der Schule Levetzowstr. 28 (Kinderhort).

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, 1. Oktober

6. Distrikt. Abteilungs- und Bezirksführer. Flugblätter abholen von Krüger, Pulitzstr. 10.

19. Distrikt. 1. Abteilung. Heute abend Flugblätter abholen bei Gen. Wakerla, Raabestr. 34, Laden.

Ste-Lk. Achtung Bezirksführer. Die Flugblätter müssen um 6 Uhr von Rangk, Fichtestr. 4, abgeholt werden. Die Genossen sind verpflichtet, die Flugblätter um 7 Uhr von ihren Bezirkslokalen abzuholen.

Soz. Proletarierjugend Baumschulenweg. Abends 7 Uhr Schulentlassungsfeier. Genossen, sendet eure schulentlassenen Kinder zu uns.

Sonntag, 2. Oktober

14. Distrikt. Früh 9 Uhr Flugblattverbreitung von den Zahlabendlokalen aus. Kein Genosse darf bei der Wahlarbeit fehlen.

2. Distrikt. 1. Abteilung. Früh ½8 Uhr Flugblattverbreitung bei Kuckuk, Kaiserstr. 41.

Vereinskalender

Sonntag, 2. Oktober

Freireligiöse Gemeinde. Vormittags 11 Uhr im Rathaus, Königstraße, Vortrag des Herrn Dr. M. Brie: Die Gestalt Christi auf der Bühne. Harmonium: Befiehl du deine Wege. Gäste willkommen.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebich, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Rudner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometiner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Anzüge, Schlüpfer
in feinster Verarbeitung aus prima Stoffen Mk. 350.— bis 750.—
Große Auswahl in feinsten Maßstoffen
Eigenes Atelier — Solideste Preise
Imex G. m. b. H. — Schloßplatz 18 II

Glühlampen
Halbwattlampen und sämtl. Elektro-Install.-Material kauft
Schröder, Bernauer Str. 101
Fabrikgeb. III.

Geld
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41, III. Ecke Kochstraße.

Herren Moden auf Kredit
kauft man billig u. reell bei
Wilh. Frese
Berlin N 54
Weinbergsweg 1
nahe Rosenthaler Platz

Kehre zurück
zu guter Friedensgarderobe. Sie werden sich
alles vergeben
nur nicht, wenn Sie unterlassen, vor Neuanschaffung bei Wallach & Schubert, C 2, Breite Straße 5, Hof links, vorzusprechen. Dort kaufen auch Private;

	Fertig	Nach Maß
Anzüge	560—950	900—1400
Schlüpfer usw.	575—975	800—1200

aus nur soliden Stoffen in bester, moderner Ausführung.
Telephon: Zentrum 8360.

25 Mk. wöchentliche
Teilzahlung
Herren-Anzüge und Ulster
in nur gedieg. Ausführungen und Stoffen, solange Vorrat reicht, zu billigen Preisen.
Gebr. Kassner
Bülowstrasse 6
am Nollendorfplatz.

Billige an Wald und Wasser gelegene Parzellen in Heiligensee
bei Tegel.
Sehr guter Boden. In jeder Größe.
Anzahlung von M. 800 an. Günstige Abzahlung. Auskunft: Terraingesellschaft Heiligensee, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 28. Tel.: Norden 716 / In Heiligensee im Bureau oder bei Lamprecht, Restaurant Rotkäppchen, Heiligensee, Kirchallee. Teilstr. d. Tegel-Heiligens. Straßenb.

Heinrich Heine
„Die soziale Weltrevolution"
enthält die berühmten prophetischen Ausblicke
Dieser Band ist noch von der Erstausgabe der „Vermischten Schriften" von 1854 vorhanden und kann wegen der Pariser Briefe als eine besondere literarische Denkwürdigkeit angesehen werden!
Preis 12.— Mark
Leinenband 15.— Mark
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin • Breite Str.

Der Mieterschutz
Preis 4 Mark
Beste gemeinverständl. Darstellung des Mieterschutzes und der Höchstmietenverordnung / Von Dr Paul Hertz und Rechtsanwalt Dr Kurt Boenheim / Mit Nachtrag
Die Aenderungen des Mieterschutzes
Bestellen Sie sofort bei der Buchhandlung Freiheit / Berlin C2

Kleine Anzeigen
Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Winterulster (Muster) billig verkäuflich. Schenk, Köpenicker Straße 1?7.

Kreuzfüchse 35 Mark. Pelzhaus Jägermann, Oranien-, Eingang Prinzessinnenstr. 14, am Moritzplatz.

Halbumsonst! Kreuzfüchse 50.— an, Rotfüchse 70.—, Zobelfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzwaren zu Schleuderpreisen. Pelzvertrieb Kottbuser Damm 2, neben Jandorf.

Gardinen staunend billig. Künstlergarnituren, 3teilig, 65.—, Madrasgardinen 105.—, 125.— bis 300.—, Halbstores 45.—, Bettdecken, Gardinenstoffe, enorm ermäßigt Deutsch, Landsberger Straße dreizehn, parterre, kein Laden.

Neuheit. Gummikrawatten, abwaschbar, unverwüstlich. Dauerwäschehorn, Reichenbergerstr. 7.

Klappsportwagen, Kinderwagen, Kinderdrahtbettstelle, hochelegant, verkauft Schwarzmann, Kottbuser Damm 93.

Kreuzfüchse 85.— Sämtliche Pelzarten, Hälfte herabgesetzte Sommerpreise, entzückende Damenmäntel. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthaler Straße.

Anzüge 250.—, Gummimäntel 285.—, Hosen 45.—, Cutaways, Gehrockanzüge, Ulster, Paletots, Raglans staunend billig, entzückende Damenmäntel, Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203-204, Ecke Rosenthaler Straße.

Wintermäntel, neue, für Damen 60.—, 85.—. Keine Papierstoffe, nie wiederkehrende Gelegenheit nur soweit Vorrat reicht. Elberfelder Str. 5, Laden.

Winterulster, neue, für Herren, gefüttert 150.—. Keine Papierstoffe, nie wiederkehrende Gelegenheit, nur soweit Vorrat reicht. Elberfelder Str. 5, Laden.

Teppiche, wenig gebraucht, verkauft billig Stein, Anklamer Straße 20.

Kreuzfüchse, Silberfüchse, Alaskafüchse. Spottbilliger Verkauf. Gelegenheitskäufe von Pelzgarderobe. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstraße 2, Halleisches Tor.

Räderwebstuhl. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder. Kinderwagen, Puppenwagen. Weidlich, Brunnenstr. 96 (Humboldt 874).

Anzüge, Friedensstoff, Jedermannsulster, infolge billigster Stoffgroßkäufe, geringster Unkosten 490.—. Spraamsteriges 75.— mehr. Werkstatt Straßer Straße zwanzig, hochpt.

Anzüge, Schlüpfer, Gummimäntel 275, Joppen 70, Elegante Damenmäntel, Kreuzfüchse usw. spottbillig. Riesenlager. Keine Lombardware. Leihhaus Bozhagenerstraße 47, (Hölderecke).

„Auf Teilzahlung" Herren-Anzüge, Ulster, Schlüpfer, (Einsegnungsanzüge). Bequeme diskrete Ratenzahlung. (Kein Laden.) Leiser Gottlieb, Kottbuserstr. 22a (Kottbuserplatz).

Möbel

Chaiselongues 100.—, Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderdrahtbett. Weicke, Ruppinerstr. 32a, Quergb.

Rehfeld, Baustraße 34. Moderne Küchen, 1a Lackfarbe herrliche Verglasung, 495.—. Schlafzimmer Eiche, weiß und Nußbaum imit., 7960 Mark. Stube und Küche. 14 Teile, 2230 Mark. Seltene Gelegenheit kaufe, auch gebraucht. Versand nach außerhalb. Hausnummer achten.

Kaufgesuche

Silberschmelze Christionat, Köpenicker Str. 20a (gegenüber Manteuffelstr.), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Schellack, Leim, Malerartikel kauft jeden Posten. Farbenkeller, Anienstraße 190a (Rosenthaler Platz). Norden 5053.

Fahrräder

Radreparaturen schnellstens. Schlame, Weinmeisterstraße 4.

Damenräder, Herrenräder kauft Kraus, Große Frankfurter Straße 82.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Straußberger Straße 44.

Spiralbohrer und sämtliche Werkzeuge, Schraubstöcke usw. billigst. Richard Berlin G. m. b. H. Lübecker Str. 16. Hansa 227.

Kugellager kauft Fahrradgeschäft Schönhauser Allee 163. Humboldt 461.

Geld-Verkehr

Geld sofort auf jede Wertsache, Pfandscheine, Wäsche, Goldsachen usw. (Rückkaufsrecht). Schultz, Danziger Str. 69, hochparterre (an der Prenzlauer Allee).

Betriebskapital, Geld, darleihen, Ratenrückzahlung. Richter, Invalidenstraße 146, II.

Unterricht

Kurzschrift, Schreibmaschine, Buchführung, Kontorfächer, Sprachen, Damenschneiderei, Putz, kaufmännische, gewerbliche Privatschule für Mädchen und Frauen. Johann Bergknecht. Meldungen: Neukölln, Schudomastr. 3-4, am Richardplatz.

Verschiedenes

Elternbeiräte! Richtlinien für eure Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Kurt Löwenstein, „Der Elternbeirat" (2,50 Mk.) Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Jeder Betriebsrat muß die Schrift von Rud. Hilferding „Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen" lesen. Preis 3.— Mk. (Porto extra). Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Frauen lesen gern Romane. Verlangen Sie gegen Einsendung von 11.— Mark den „Weg zum Haß", Roman von Conrad Loose von der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Inserate
für die Abend-„Freiheit" müssen spätestens bis 9½ Uhr vorm., für den darauffolgenden Tag bis 4 Uhr nachmittags bei der Expedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, eingeliefert sein.

Genossen und Genossinnen kauft nur bei unseren Inserenten!